

uz - Saarlandreport

Zeitung der DKP Saarland zu den Landtagswahlen 2012

DER MENSCH GEHT VOR PROFIT! DKP fordert radikalen Politikwechsel im Saarland

Wer die Wahl hat, hat die Qual, heißt ein altes Sprichwort. Man könnte meinen, es sei gerade für die kommenden Landtagswahlen im Saarland erfunden worden. Gequält werden die Saarländerinnen und Saarländer mit einer Scheinwahl, deren Ergebnis nach dem Willen der politisch und wirtschaftlich Mächtigen längst feststeht.

Worum geht es bei diesen Wahlen?

Sicher geht es um den Rettungsversuch der CDU in Sachen Regierungsbeteiligung, sicher geht es um die Karrieregelüste von noch nicht zum Zuge gekommenen SPD-Politikern. Dahinter steht aber mehr: **Es geht um die dauerhafte Absicherung und Verschärfung der Rotstiftpolitik, des Kaputtsparens auf Kosten der Bevölkerungsmehrheit.** Wenige Stunden nach dem Bruch der Jamaika-Regierung forderte die IHK Saarland eine große Koalition bis Ende des Jahrzehnts. Diese sollte bestenfalls nach dem Backrezept Jamaika ohne Wahlen in Mauschelverhandlungen zusammengeschustert werden. Dieser Weg war den Menschen an der Saar nicht vermittelbar – jetzt wird die große Koalition als angeblich alternativlos bereits vor den Wahlen festgeklopft. Die Wählerinnen und Wähler werden zu Stimmvieh degradiert, die diesen Pakt nur noch abnicken sollen.

CDU und SPD wollen die Landtagswahl auf eine Abstimmung über die Ministerpräsidentin oder Ministerpräsidenten reduzieren. Ihnen geht es um Stabilität für Banken und Konzerne, um Ruhe in Betrieben und auf der Straße. Ihnen geht es darum, die „Schuldenbremse“ im Interesse des Kapitals, vor allem der Groß-Banken, durchzusetzen.

Die SPD macht sich so zum Auswechselspieler für die Interessen des Kapitals. In Windeseile hat sie ihre ablehnende Position zur Schuldenbremse zum Jahresende geräumt, um sich für das neue Koalitionsbett hübsch zu machen.

Als Totschlagargument wird die Rettung des Saarlandes als eigenständiges Bundesland missbraucht. Damit wird verschleiert, worum es eigentlich geht: Es geht um die langfristige Absicherung der Profitinteressen der saarländischen Unternehmen. Prekäre Arbeitsverhältnisse, Wirtschaftsförderung, niedriges Lohnniveau – all dies soll nicht angetastet werden. Bezahlen sollen die Schulden die arbeitenden Menschen, mit Entlassungen im öffentlichen Dienst, mit

schlechterer Infrastruktur und staatlichen Leistungen, mit weniger Lehrer/innen und kulturellen Angeboten. Gespart werden soll bei Familien und der Gleichstellung der Frauen, bei den Arbeitslosen, bei Schüler/Innen und Student/Innen. Diese Schuldenbremse führt zu einem Stillstand öffentlicher Investitionen. Noch mehr Menschen werden arbeitslos, vor allem im Öffentlichen Dienst und in der Bauwirtschaft; noch mehr Kinder verarmen.

Der Gipfel der Unverschämtheit wird erreicht, wenn behauptet wird, wir Saarländer/innen hätten in den letzten Jahrzehnten über unsere Verhältnisse gelebt. Wer ist denn damit gemeint? Die junge Leiharbeiterin, die in ihrer ungesicherten Stellung keine Familie gründen will? Das Schulkind, das nur durch Initiative der Klassenlehrerin vor schlimmster Fehlernährung bewahrt wird? Der Hartz IV-Empfänger, der die Heizung im Winter runterdrehen muss oder der Schichtarbeiter, der an Wochenenden eine Überschicht nach der anderen schiebt? Bekommen diese Menschen auch nur den Bruchteil des Wulffschen Ehrensolds?

Nein, über ihre Verhältnisse leben bei uns diejenigen, die von anderer Leute Arbeit immer reicher werden, die sich Politiker wie die Herren Wulff oder Ulrich kaufen, um ihre Interessen gegen die übergroße Mehrheit durchzusetzen. Die müssen zur Kasse gebeten werden, die sollen für ihre Krise zahlen!

Die DKP Saarland lehnt deshalb jede Regierungskoalition ab, die den bisherigen Kurs des Kaputtsparens des Saarlandes fortsetzt. Wir fordern einen radikalen Politikwechsel im Interesse der arbeitenden und von Arbeit ausgegrenzten Menschen. Wir fordern eine Umkehrung der bisherigen Politik, die die Reichen

**Der Mensch
geht
vor Profit!**



www.dkp-saarland.de
www.kommunisten.de

**Deutsche
Kommunistische
Partei**

immer reicher und die Armen immer ärmer macht. Wir treten ein für eine Politik, in der der Grundsatz gilt:

„Der Mensch geht vor Profit!“.

Und diese Politik ist bezahlbar, wenn die 1,2 Prozent der Deutschen, die über die Hälfte des insgesamt vorhandenen Geldvermögens verfügen, nach dem Grundgesetzgebot „Eigentum verpflichtet“ besteuert würden.

Viele meinen, dass das alles im Kapitalismus nicht geht, weil der Markt es nicht zulässt. Wir meinen, dass eine Gesellschaftsordnung, die die Menschenrechte nach sozialer Sicherheit, nach Bildung für alle mit Füßen tritt, dass eine Gesellschaft, die auf demokratische Rechte weniger achtet als die Reaktionen der Finanzmärkte, dass eine solche Gesellschaft überwunden werden muss, ersetzt werden muss durch eine andere gerechte, eine sozialistische Gesellschaft.

Im Moment führen alle Parteien im Saarland einen Wahlkampf gegen Oskar Lafontaine und die LINKE. Dies ist kein Zufall, denn im Wahlprogramm dieser Partei, wie auch in deren Parteiprogramm, werden viele Forderungen im Interesse der arbeitenden Menschen aufgestellt. Die DKP kritisiert die verbreitete Sichtweise in der Partei Die Linke, dass rein parlamentarisch die Verhältnisse zu ändern seien, kritisieren die Anbiederung an die SPD als Juniorpartner für einen abgemilderten Sparkurs und das inkonsequente Verhalten und den Karrierismus von vielen Abgeordneten dieser Partei in saarländischen Kommunalparlamenten.

Wir sehen aber dennoch in einer starken Fraktion der LINKEN im Landtag ein wichtiges Signal für einen zu erkämpfenden Politikwechsel, das auch wir mit setzen wollen.

Wenn sich die Arbeits- und Lebensverhältnisse im Saarland wirklich ändern sollen, müssen für solche Veränderungen Initiativen ergriffen und entschlossen für deren Durchsetzung gekämpft werden! Dabei haben die Gewerkschaften eine zunehmende Verantwortung und ihr Verhalten wird entscheidend sein. Das Saarland muss über den Bundesrat aktiv werden für diese Forderungen und die Zukunft des Saarlandes!

Aber nur auf Wahlen zu setzen ist keine Garantie für Veränderungen. Auch nicht dafür, dass Mehrheitsmeinungen der Bevölkerung Eingang in die Landespolitik finden. Für Veränderungen muss Druck gemacht werden, in den Betrieben, auf der Straße. Es kommt darauf an, dass die Saarländerinnen und Saarländer die Politik in die eigenen Hände nehmen. Die zusammengekauften Jamaika-Regierung ist doch eine Lehre für alle, die glauben, allein durch Wahlen könnte man einen Politikwechsel herbeiführen.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten bleiben dabei: Nicht nur wählen sondern Druck machen! Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

„Nehmen wir mal an, nehmen wir mal an....“ (F.J. Degenhardt)

... dem Saarland erginge es so wie Griechenland?!

Wir alle müssen am Beispiel Griechenland miterleben, wie die Schulden der Herrschenden genutzt werden, um die sozialen und demokratischen Errungenschaften mit der Dampfwalze nieder zu machen. Mehrere Generationen von Gewerkschaftern, Kommunist/Innen und Sozialist/Innen haben Jahrzehnte lang dafür kämpft. Diese Politik der „Entschuldung“ auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung, der Jugend, der Rentner ist bisher beispiellos. Sie ist unter Federführung der Merkel-Regierung konzipiert worden und wird von ihr gnadenlos durchgesetzt. Sie sind auch die Erfinder der Schuldenbremse hierzulande.

Es gibt also Parallelen zur Situation und den Gefahren hier. Viele Saarländer fragen sich: Wie sollen diese Probleme gelöst werden? Abbau der Schulden mit der weiteren Vertiefung der sozialen Kluft zwischen Arm und Reich?



**Staatsschulden – Umverteilung von Volksvermögen für Banken und Reiche!
oder – wer lebt über meine Verhältnisse?**

Die Verschuldung öffentlicher Haushalte ist eine Säule der Umverteilung von unten in die Taschen der Besitzer von großen Vermögen. Über die Zinszahlung sind die Großbanken, deren Aktionäre und Privat-anleger die Nutznießer der Staatsverschuldung!

Es handelt sich um regelmäßige staatliche Transferleistungen an Banken und Geldbürger. Man kann es auch als die dritte Umverteilungsrunde zugunsten von Kapital und Reichen bezeichnen:

- Nach der Erstverteilung, die sich immer mehr zugunsten der Gewinn- und Vermögenseinkommen verschiebt.
- Zweitens nach der steuerpolitischen Umverteilung, die Spitzenverdiener, Bezieher von Gewinneinkommen und Erben/Vermögende immer mehr entlastet und Lohnsteuerzahler und Verbraucher (Mehrwertsteuer) immer mehr belastet.
- Und drittens: Die Gläubiger des Staates entstammen in erster Linie oberen Einkommenschichten. So wird durch Zinszahlungen in jeder Periode Einkommen von der großen Gruppe der durchschnittlich wenig verdienenden Steuerzahler (Träger der Zinslast) zur kleinen Gruppe der im Durchschnitt hochverdienenden Zinsempfänger umverteilt.

Allein der Bund muss zur Bedienung seiner Schulden in diesem Jahr über vierzig Milliarden Euro an Zinsen an seine Gläubiger bezahlen. Pro Bundesbürger sind das knapp 500 Euro. Der Zinsendienst ist der zweitgrößte Etatposten – jeder achte Euro des Bundes-

haushalts geht dafür drauf (12 Prozent). Das Saarland muss dieses Jahr 532 Mio. € Zinsen zahlen und das sind pro Bürger noch einmal 525 Euro.

Tatsache ist: Wenn sich auf der einen Seite immense Schulden anhäufen, dann häuft sich auf der anderen Seite enormer Reichtum an. Es ist eine Frage der Umverteilung und Aneignung dessen, was in der Gesellschaft erarbeitet wird.

Wir Kommunisten haben auch im Saarland immer deutlich gemacht, wer für die Verschuldung verantwortlich ist und wer davon Nutznießer ist.

Die Ursache von Verschuldung ist nicht, dass die „Otto-Normal-Verdiener“ etwa über ihre Verhältnisse gelebt hätten.

Das Saarland, wie die anderen Länder und der Bund haben vor allem ein Einnahme-Problem - und nicht ein Ausgabe-Problem! Selbst nach Einschätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin müssen hohe Privatvermögen stärker abgeschöpft werden, um die wachsende Staatsverschuldung in Deutschland abzubauen. Man könne „die höheren Einkommen und Vermögen belasten, die in den letzten Jahrzehnten deutlich zugenommen haben“.

DKP gegen die Anwendung der Schuldenbremse

Die Kriterien zur Einhaltung der Schuldenbremse kennen nur eins: Sparen! Sparen! Bei den Staatsausgaben für Infrastruktur, Sozialpolitik, Arbeitsmarktpolitik usw. Mit dieser Politik wird das Saarland kaputtgespart. An Bildung, für die Jugend usw. Die Arbeitslosigkeit wird steigen, Konkurse werden zunehmen! Diese Zukunft wird in Griechenland und anderen Euro-Ländern gerade vorgemacht.

Ist eine Entschuldung des Saarlandes möglich?

Der Chef des DGB-nahen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung, Professor Gustav Horn, geht davon aus, dass das Saarland die Schuldenbremse nicht einhalten kann. In der SZ sagte er: „Ich halte es im Falle des Saarlandes für ein unmögliches Unterfangen, bis Anfang 2020 keinerlei Defizite mehr zu machen. Wir haben das für andere Bundesländer wie Schleswig-Holstein untersucht, denen es finanziell noch etwas besser geht als dem Saarland. Das würde Sparanstrengungen in ungeheurer Größenordnung erfordern - und vor allem eine Konjunktur, die kein Loch in den Staatshaushalt reißt. Wir halten es für extrem unwahrscheinlich, dass das klappen könnte. ... Irgendwann wird man sehen, 2017 oder 2018, dass das völlig unreal wird...“ (SZ, 1.02.12)

Horn skizziert hier deutlich eine Perspektive, die eintreten wird, wenn die Grundlinien der herrschenden Politik beibehalten werden und mit der Schuldenbrem-

se versucht wird das eigentliche Problem zu lösen. Die Position der DKP ist: Eine Entschuldung des Saarlandes ist nur möglich, wenn mit den bisherigen politischen Konzepten gebrochen wird. Und zwar radikal.

Bereiten Frau AKK und Herr Maas mit ihrer geplanten großen „Entschuldungs-Koalition“ etwa einen radikalen Bruch vor? Natürlich nicht.

Während Maas bei der letzten LTW noch einen „Politikwechsel“ propagierte, ist jetzt auf den Plakatafeln der SPD nur noch etwas von einem „Wechsel im Politikstil“ auf den Wahltafeln zu lesen. Die SPD ist inhaltlich zur CDU-Politik übergelaufen. AKK verkündet auf ihren Plakaten, wo es hingehen muss: „Ich will einen starken Standort für erfolgreiche Unternehmen“. Das kennen wir doch. Dafür wurden doch in der Vergangenheit die Schulden gemacht und diese Prämisse in der Landespolitik wird mit der Schuldenbremse zementiert. Dafür steht die Koalition von CDU und SPD.

DKP: Die Zechpreller endlich stellen!

Geld zur Entschuldung des Landes ist vorhanden.

Finanziert werden muss die Entschuldung durch die

Vermögenden und Reichen sowie durch eine wesentlich höhere Konzernbesteuerung. Kurzfristig kann gespart werden, wenn z.B. nur der Zinssatz gezahlt würde, den die Europäische Zentralbank (EZB) den Großbanken zu deren Kapitalausstattung gewährt. Würde das Saarland statt vier Prozent nur noch ein Prozent Zinsen für die Altschulden zahlen müssen, wäre bereits ein erster Schritt getan.

Ein zweiter Schritt muss getan

werden, in der radikalen Rückführung prekärer Beschäftigung und in der Angleichung des Lohnniveaus an das Bundesgebiet und durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 10 EUR/h. Leiharbeit und Werksverträge wie gerade bei Höll müssen verboten werden. Über diesen Weg würde nicht nur den Betroffenen und ihren Familien eine Lebensperspektive gegeben, es würde eine immense Erhöhung staatlicher Einnahmen und eine Entlastung der Sozialversicherungssysteme bedeuten.

Ein dritter Schritt müsste eine grundlegende Demokratisierung der haushaltspolitischen Entscheidungen im Saarland sein. Transparenz und direkte Beteiligung hätten das Desaster um den 4. Museumspavillon, um Gondwana-Park, um Millionengeschenke an Konzerne etc. verhindern können.

Der Klügelwirtschaft von Kabinett und IHK muss ein Riegel vorgeschoben werden, damit das Geld nicht in den Taschen weniger verschwindet sondern für sinnvolle Zukunftsinvestitionen eingesetzt wird. In diesem Zusammenhang erneuern wir auch unsere Forderungen nach Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien und Banken nach der saarländischen Verfassung. Der mögliche Rest kann aufgebracht werden durch eine



soziale und ökologische Energiewende, die wiederum aus einer dauerhaften jährlichen Rückführung der Rüstungsausgaben um sagen wir 10 Prozent finanziert werden könnte. Dadurch entstehen die zusätzlichen qualifizierten Arbeitsplätze im Energiesektor, die das Saarland aus seiner Abhängigkeit von der Automobilindustrie befreien kann.

Forderungen der DKP zu den Landtagswahlen 2012:

Wir Kommunistinnen und Kommunisten fordern:

- Entschuldung von Landeshaushalt und kommunalen Haushalten auf Kosten der Großbanken und Versicherungen!
- Überführung der Banken, Versicherungen und Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle nach der saarländischen Landesverfassung!
- Sicherung der Sparkassen, Öffentlichen Banken und des Gemeinwesens vor Privatisierung – keine weiteren Privatisierungen von öffentlichem Eigentum!
- Mehr Mitbestimmung – Beteiligung von Vertretern von Belegschaften, der Gewerkschaften, der demokratischen Verbände und Initiativen zur Kontrolle des Finanz- und Wirtschaftssystems!
- Eine wirksame Steuerreform, zu Lasten des großen Kapitals und der Banken!
- Eine 5-Prozent- Millionärssteuer für die 800 000 Millionäre!
- Zinsmoratorium, bei Land und Kommunen, mindestens Rückführung des Zinssatzes auf 1%
- Bekämpfung der Steuerkriminalität, Vollzug bei Erbschaftssteuer, Betriebsvermögen usw., Verstärkung der Steuerfahndung (40% Personalfehlbestand), Erhöhung der Zahl der Betriebsprüfungen
- Auflösung des Verfassungsschutzes
- Einsparung der Mittel im Landeshaushalt für die Bundeswehr
- Keine Größenwahnsinnprojekte, die gesellschaftlich keinen Nutzen bringen! Volksbegehren!
- Maßnahmen zur Stärkung der Binnennachfrage - Überwindung des Lohnrückstandes im Saarland!
- Sofortmaßnahmen zur Steigerung der Massenkaukraft der unteren und mittleren Einkommenschichten durch gesetzlichen Mindestlohn, Erhöhung von Renten und Arbeitslosengeld – Hartz IV muss weg!
- Runter mit der Mehrwertsteuer, Erhöhung des Spitzensteuersatzes!
- Arbeitszeitverkürzung statt ungewollte Teilzeitarbeit und wachsende Langzeitarbeitslosigkeit!

Milliarden werden in die Aufrüstung der Bundeswehr zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsarmee und in die aktuellen Auslandseinsätze verschwendet. Kriege und Kriegseinsätze lösen die Probleme nicht. Sie verschärfen sie. Sie kosten Milliarden und töten. Die Alternative ist und bleibt die weltweite Abrüstung. Wir fordern deshalb eine friedensorientierte und de-

mokratische Landespolitik, um den Willen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung Rechnung zu tragen, die Auslandseinsätze der Bundeswehr zu beenden. Keine neuen Kriegsabenteuer in Syrien oder im Irak sondern gleichberechtigte Verhandlungen über Abrüstung im Nahen und Mittleren Osten – Ächtung und Vernichtung aller Atomwaffen!



Wir fordern deshalb eine Landespolitik, die zum Ziel hat, alle Truppenteile, die auf Auslandseinsätze ausgerichtet sind, so auch die der Saarlandbrigade, aufzulösen.

Wir fordern vom saarländischen Landtag ein Verbot jeglicher Propaganda für militärische Organisationen z.B. durch Bundeswehroffiziere an Schulen, in Arbeitsagenturen oder Beteiligungen an Messen und Ausstellungen. All dies würde Mittel freimachen für die Lösung vieler Aufgaben.

Diskussionsveranstaltung

Stoppt die Kaputtsparer! Wie weiter nach den Landtagswahlen?

Donnerstag, 29.03.12, 18:00 Uhr, DKP-Zentrum, Sittersweg 83, 66113 Saarbrücken

Infobox:

Ich will:

- mehr Infos über die DKP
- ein kostenloses Probeabo der uz - Zeitung der DKP
- zu Veranstaltungen eingeladen werden
- Mitglied der DKP werden

Vorname:.....

Name:.....

Anschrift:

.....

E-Mail:.....

Ausfüllen und absenden an:

DKP Saarland, Sittersweg 83, 66113 Saarbrücken,
dkp-saarland@arcor.de, www.dkp-saarland.de,
v.i.S.d.P.: Artur Moses

DKP Saarland